



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gleiche Mütterrente für Alle

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Gleichbehandlung aller Mütter bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen. Auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, müssen drei Rentenpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung gewährt werden.

Die Ausgaben für diese Leistungen sind über Steuergelder zu finanzieren.

Begründung:

Laut Statistischem Bundesamt steigt die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter dramatisch an und Frauen haben ein besonders hohes Armutsrisiko im Alter. Grund hierfür ist vor allem eine von Kindererziehungszeiten oder der Pflege naher Angehöriger unterbrochene Erwerbstätigkeit. Familienarbeit muss daher stärker als bisher in der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die Unterscheidung in der Anrechnung für Kinder, die vor und nach 1992 geboren wurden, ist nicht vereinbar mit dem Gleichheitsgebot und muss daher dringend angepasst werden.